

Sachdemobilisierung und Arbeitsmarkt.

Gestern fand im Niederösterreichischen Gewerbeverein über die Fragen der Sachgüterdemobilisierung eine Diskussion statt. Generalsekretär Professor Dr. Kobatsch leitete die Diskussion ein.

Generalsekretär Prof. Dr. Kobatsch äußerte u. a.: Es ist auf das tiefste zu beklagen, daß es fast zwei Monate währte, bis alle Organisations- und Kompetenzfragen der Sachdemobilisierung halbwegs zu Ende beraten waren. Aber auch jetzt ist die Organisation höchst unübersichtlich. Man erhält nirgends befriedigende Auskunft, nicht einmal darüber, wo die Waren sich befinden, geschweige denn, daß die Waren verkauft würden. Die Folgen sind geradezu unübersehbar: Verschleppung und Diebstahl auf der einen Seite, Verderben der Waren auf der anderen Seite. Hier sind zu erwähnen wichtige Baustoffe, wie z. B. Zement und Kalk, ferner hochwertige Kraftfahrzeuge u. a.). Der Bureaualtrismus des alten Regimes sei noch lange nicht überwunden. Die Liquidierungs- und Kompensationsfragen müssen in den Hintergrund treten und die vorhandenen Gegenstände in Natura gegen spätere Abrechnung mit den übrigen Staaten der Volkswirtschaft zugeführt werden. Diese Forderung ist auch vom sozialpolitischen Standpunkte höchst dringend, da die Stellen- und Arbeitslosigkeit nur durch Schaffung von Arbeit eingengt werden kann, während es nicht wirtschaftlich ist, dem Uebel hauptsächlich mit Arbeitslosenunterstützung zu steuern.

Direktor Küstlich tritt für eine kaufmännische Organisation der Verwertung der Demobilisierungsgüter ein und erwähnt Fälle des unwirtschaftlichen Gebarens mit diesen Gütern. In der Bergstelle Bösendorf z. B. sind einige tausend Ballen Habern in Gefahr, durch die Einflüsse der Witterung zu verderben; in der Bergstelle Ahgersdorf wird noch heute, zweieinhalb Monate nach Kriegsende, mit der gleichen Zahl von Arbeitern neues Kriegsmaterial hergestellt: Tornister, Rucksäcke, Patronentaschen u. a. und neues Material dazu verwendet. In Beschlag genommene Fabriken werden noch immer nicht freigegeben. In Oberösterreich habe sich die Industrie selbst geholfen, indem sie die Materialien von der Landesverwaltung angesprochen und erhalten habe. Das Staatsamt für Kriegswirtschaft sei möglichst auszuschalten und das System der treuhändigen Verwahrung für alle Güter auszubauen. Auf Grund geeigneter genauer Verzeichnisse und von Musterlagern seien zunächst die Rohstoffe, dann die anzuarbeitenden Altmaterialien und schließlich die Fertigwaren dem Verkehre zuzuführen.

Dozent Dr. Schwarz schildert die Organisation der Kriegs- und Übergangswirtschaftlichen Ämter als überaus bürokratisch und unübersichtlich. Man werde in ein und derselben Sache zu den verschiedensten Referenten, aber ohne Erfolg geschickt. Leider herrsche der alte Geist auch noch in Deutschösterreich. Redner kritisiert insbesondere die Tätigkeit des Generalkommissars für Kriegs- und Übergangswirtschaft und den starken Einfluß einzelner Großindustrieller in diesen Organisationen.

Hg. Friedmann bemerkt, daß ein Hauptteil der Schuld in dem so überaus raschen Eintritte des Kriegsendes und darin liege, daß, wie die Volksvertreter, auch die Beamten zu wenig mit dem Volke und den wirtschaftlich Tätigen Berührung gesucht haben. Die möglichst rasche Verwertung der Güter liege nicht bloß im Interesse der Volkswirtschaft, sondern auch in dem des Staates, weil sonst die Güter immer mehr und mehr entwertet werden. Die Verwertung müsse auf kaufmännischem Wege geschehen, durch kaufmännisch interessierte Verwertungsorganisationen, deren Mitglieder mit Kapital beteiligt sein sollen. In der „Wiener Zeitung“ und in allen Fachblättern müssen regelmäßig die zum Verkaufe gelangenden Waren und deren Preise veröffentlicht werden. Redner werde in diesem Sinne als Präsident des Administrationsrates der Hauptanstalt wirken.

Advokat Dr. Schostal tritt für eine Organisation der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit ein und schildert Fälle, in denen der Baumaterialienindustrie die wichtigsten Arbeitsbehelfe wie Weleise, Bohrmaschinen, ohne jeden Grund verweigert wurden. Die Schaffung eines Preisprüfungsausschusses bei der Hauptanstalt sei durchaus überflüssig, da es angesichts des Standes unserer Valuta wohl nicht angehe, heute richtige Preise festzustellen. Ueberhaupt sei die Organisation noch viel zu bürokratisch und zu wenig kaufmännisch.

Sekretär Gibian wendet sich gleichfalls gegen den Bureaualtrismus und fordert, daß die Sachdemobilisierung den schaffenden Ständen überantwortet werde.

Baumeister Löscher berichtet über die Tätigkeit des Wirtschaftsstabes für das Baugewerbe und fordert, daß ohne Rücksicht auf die mit Tschechien vereinbarte Einfuhrquote alle Baumaterialien, die rasch dem Verderben unterliegen, wie insbesondere Zement, Bindemittel, unverzüglich dem Gewerbe zugeführt werden, damit sie nicht, was zum Teile schon jetzt geschah, nur auf dem Umwege des Schleichhandels und der Wucherpreise vertrieben werden. Anzuerkennen sei es, daß dem Gewerbe wenigstens die Bauwerkzeuge überwiesen wurden. Besonders dringend sei es, die Baracken zu sichern und zu verwerten, weil sie sonst verfaulen oder als Holz weggetragen werden.

Baumeister Glisch wendet sich zunächst gegen ein Projekt, das der Gemeinde Wien vorgelegt wurde, demzufolge die Erhaltung von 21 Notstandshäusern im Betrage von 20 Millionen Kronen einer einzigen Baufirma übertragen werden soll, so daß das gesamte Baugewerbe ausgeschlossen bliebe. Der Gewerbeverein müsse gegen dieses Projekt entschiedene Stellung nehmen. Redner berichtet, daß von den Baracken in der Tat nur wenig vorhanden sei. Die Hauptanstalt habe den Verkauf sogar verboten.

Sektionschef Dr. Künstler stellt richtig, daß die Hauptanstalt ein solches Verbot nicht erlassen habe; das Kriegsministerium habe zur Zeit des überhasteten Rückzuges den nicht berufenen Offizieren und Mannschaften untersagt, Gegenstände zu verkaufen.

Herr Otto Hochhauser rügt den Mangel an Entgegenkommen der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung gegenüber den Kaufleuten. Die Schuh- und Lederbeschaffungsgesellschaft, die seinerzeit mit der Verteilung dieser Güter betraut wurde, hat auch die Lederhändler für die Sachdemobilisierung dadurch zu animieren gesucht, daß zur Erwerbung dieser Waren achte Kriegsanleihe Verwendung finden kann, die zum Emissionskurse angenommen werden wird. Diese Zusage wurde jedoch von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung zurückgezogen.

Diese müßte davon absehen, daß die zweiten Erwerber der Demobilisierungsgüter ebenfalls mit Kriegsanleihe bezahlen können, weil sonst die ersten Erwerber der Güter ihre Kriegsanleihe nicht wegbringen könnten. Dieser Standpunkt wurde auch von Sektionschef Arenn vom Amte für Übergangswirtschaft anerkannt. Redner gibt dem Bedauern Ausdruck, daß die in einer Zeitung erschienenen Nachrichten von einer Verschleppung und Diebstählen von Schuhen und Leder durch Händler seitens der kompetenten Stellen nicht richtiggestellt wurden. Es ist diesen Stellen genau bekannt, daß diese Waren den Lederhändlern nur auf amtliche Aufforderung ausgefolgt und wegen Plünderungsgefahr in den Montursdepots als Treuhänder in Verwahrung gegeben wurden.

Der Vorsitzende Dr. Meisl teilt mit, daß der Gewerbeverein unverzüglich auf Grund der abgeführten Debatte eine Denkschrift an den Staatsrat verfassen werde.